

IT-rechtliche Themen im Nationalrat:

- Im Zuge der Änderung des Bundesgesetzes zur Informationssicherheit (ISG) will der Bundesrat eine Meldepflicht für Cyberangriffe bei kritischen Infrastrukturen einführen. National- sowie Ständerat hiessen die Änderungen gut. Eine Uneinigkeit zwischen National- und Ständerat besteht jedoch in Bezug auf den Umfang der Meldepflicht. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SIK-N) hat eine Ausweitung der Meldepflicht von Cyberangriffen mit grossem Schadenspotenzial auch auf solche mit schwerwiegenden Schwachstellen in Computersystemen beschlossen. Der Ständerat lehnte diese Ausweitung jedoch ab, da weder klar sei, welche Anzahl Unternehmen betroffen seien, noch um welche Art von zu meldenden Schwachstellen es sich handelt. Der Bundesrat betont die Wichtigkeit einer schnellen Einführung der Meldepflicht. Nun ist für die kommende Herbstsession wieder Differenzbereinigung angesagt, wobei die Kommissionsmehrheit einen Kompromiss beantragte, die Meldepflicht wieder einzuschränken und die Eigenentwicklungen der betroffenen Unternehmen davon auszunehmen.
- [Motion: Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen.](#) Mit dieser Motion wird der Bundesrat ersucht, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen und Entscheidungen zu treffen, um die Einführung einer qualitativ hochwertigen fünften Generation des Mobilfunkstandards (5G) möglichst kostengünstig zu ermöglichen. Auch soll die breite Bevölkerung über 5G sachgerecht informiert werden. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.
- [Motion: Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen.](#) Mit dieser Motion wird der Bundesrat ersucht, der Bundesversammlung die gesetzlichen Anpassungen vorzulegen, die Fernmeldediensteanbieter verpflichtet, Zugangssperren über Anbieter zu verfügen, welche pornografische Inhalte im Sinne von Artikel 197 Absatz 1 StGB verbreiten, ohne hinreichende technische Vorkehrungen zum Schutz von Personen unter 16 Jahren zu treffen. Die Motion wurde in der Frühlingssession bereits vom Nationalrat angenommen. Nun hat der Ständerat die Motion mit der Änderung angenommen, dass der Bundesrat die gesetzlichen Anpassungen vorzulegen hat, damit der Zugang zu legaler Pornografie für Personen unter 16 Jahren erschwert oder verunmöglicht wird. Dazu sollen die Telekommunikationsanbieter verpflichtet werden, die Erziehungsberechtigten auf die technischen Möglichkeiten bei Endgeräten und Angeboten hinzuweisen sowie ihnen Tools und Apps anzubieten, mit denen Jugendliche wirksam vor pornografischen Inhalten geschützt werden.
- [Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz \(BEKJ\).](#) Das Gesetz sieht vor, eine zentrale Kommunikationsplattform für den Datenaustausch im Justizverfahren einzuführen, die von Bund und Kantonen gemeinsam aufgebaut und finanziert wird. Das Gesetz trägt dem Projekt Justitia 4.0 Rechnung und treibt es voran. Die Beratung in der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zum ersten Entwurf des BEKJ ist abgeschlossen. Sie hat die Vorlage angenommen und beantragt Änderungen des Entwurfs (u.a., dass im Vorstand der Körperschaft ein Vertreter der Kantone qualifizierte Informatikkenntnisse besitzen muss).
- Revision Krankenversicherungsgesetz (KVG). Im Rahmen des Massnahmenpakets 2 zur Kostendämpfung im KVG hat nun die vorberatende Kommission für

soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates mit Mehrheitsbeschluss eine Ergänzung zur Regelung des Wirtschaftlichkeitsgebots (Art. 56 KVG) beschlossen. Versicherer sollen die bei ihnen versicherten Personen individuell über deren bezogene Leistungen, über Massnahmen zur Verhütung von Krankheiten und über Angebote informieren können, die auf eine verbesserte Wirtschaftlichkeit und Koordination der medizinischen Leistungserbringung abzielen, sowie mit deren Einverständnis den Leistungserbringern Informationen über die von den Versicherten bezogenen Leistungen zur Verfügung stellen. Dieser zusätzliche Datenaustausch erfordert daher zusätzlich die Anpassung von Art. 84 KVG (Bearbeiten von Personendaten), um die gesetzliche Grundlage für die Datenbearbeitung zu schaffen. Der Nationalrat berät Massnahmenpaket 2 zur Kostendämpfung in der Herbstsession.

- [Postulat: Datenverkehr der Bundesverwaltung sichern](#). Mit diesem im Nationalrat eingereichten Postulat wird der Bundesrat beauftragt in einem Bericht aufzuzeigen, welche Technologien verwendet werden können, um den Internet-Datenverkehr innerhalb der Bundesverwaltung als auch den mit der Bundesverwaltung im Datenaustausch stehenden Kontakten besser gegen Cyberangriffe zu schützen. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.

IT-rechtliche Themen im Ständerat:

- Die Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) sieht vor, eine Ausnahme von den jährlichen Höchstzahlen für Aufenthaltsbewilligungen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit einzuführen. Die Ausnahme gilt für Erwerbstätigkeiten, die von hohem wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Wert sind. Die Änderung wird damit begründet, dass in der Schweiz teuer ausgebildete Spezialisten aufgrund ausgeschöpften Kontingenten die Schweiz verlassen und so für unseren Arbeitsmarkt verloren sind. Der Nationalrat will die Ausnahme nicht auf Absolventinnen und Absolventen der gesamten Tertiärstufe ausweiten. Dem entsprechenden Antrag seiner Kommission hat er zugestimmt. Auch der Ständerat stimmte, entgegen der Empfehlung der vorberatenden Kommission, der Vorlage zu. Nun ist die staatspolitische Kommission des Ständerates erneut mit der Vorlage befasst und hat ihrem Rat aufgrund nach wie vor bestehender verfassungsrechtlicher Zweifel beantragt, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Die Änderung des AIG ist für den IT-Sektor insofern relevant, als dass der Bundesrat bei den qualifizierten Fachkräften vor allem auf diejenigen im MINT-Bereich abzielt, in dem viele qualifizierte Fachkräfte das Land verlassen und es schwierig ist, diese in die Schweiz zu holen.
- [Postulat: Schnellere](#) Einführung des elektronischen Patientendossiers. Mit dem eingereichten Postulat wird der Bundesrat beauftragt zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten, wie das elektronische Patientendossier schneller eingeführt und verbreitet werden kann. Nun wird sich der Ständerat mit dem Postulat befassen.
- [Motion: Auftrag für die Mitwirkung an der europäischen Regulierung der Digitalisierung](#). Mit dieser Motion wird der Bundesrat beauftragt, in Bezug auf die aktuelle europäische Regulierung der Digitalisierung eine Position zu beziehen, klare Zuständigkeiten zu definieren und sich als Handelspartner aktiv einzubringen. Der

Bundesrat sieht die Anliegen der Motion in seiner Stellungnahme als bereits erfüllt an und beantragt daher die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat und die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats hat der Motion zugestimmt.

- Motion: Masterplan zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen. Nutzung von gesetzlichen Standards und bestehenden Daten. Mit dieser Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, die digitale Transformation im Gesundheitswesen endlich substantiell voranzubringen und sich dabei an der Wirkung anderer erfolgreich digitalisierter Gesundheitssysteme der OECD zu orientieren. Der Bundesrat hat im August 2021 die Ablehnung der Motion beantragt, diese wurde dann aber von National- und Ständerat einstimmig angenommen. Der Bundesrat beantragte eine Anpassung eines Teils der Motion, die vom Ständerat als auch vom Nationalrat angenommen wurde.
- [Motion: Die Schweiz voranbringen: Digitale Leuchtturmprojekte mit öffentlichem Interesse anschieben.](#) Mit dieser Motion wird der Bundesrat ersucht, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die die Unterstützung von Digitalisierungsprojekten von relevantem öffentlichem Interesse ermöglicht. Da der Bund nicht alleine alle nötigen Digitalisierungsprojekte umsetzen kann, soll die Rechtsgrundlage geschaffen werden, Anschubfinanzierung für Projekte zu leisten, die dem Schweizer Wirtschaftsstandort einen Mehrwert bieten. Unterstützt werden sollen private Projekte als auch privat-öffentliche Partnerschaften, die dem öffentlichen Interesse dienen und den Standort Schweiz stärken. Dabei darf die Wirtschaft nicht konkurrenziert werden. Der Bundesrat hat die Motion zur Annahme beantragt und der Nationalrat hat diese bereits angenommen.
- [Motion: Nutzenorientierte Digitalisierungsoffensive der Schweizer Verwaltung.](#) Mit dieser Motion wird der Bundesrat beauftragt, die notwendigen Rechtsgrundlagen zu schaffen, damit Behördenleistungen im Vollzug von Bundesrecht den Rechtsbetroffenen grundsätzlich digital angeboten werden müssen. Während Deutschland und Österreich bereits sogenannte Online-Zugangsgesetze kennen, hat die Schweizer Verwaltung Aufholbedarf. Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion und der Nationalrat hat sie bereits angenommen. Nun hat der Ständerat darüber zu befinden.